



Gemeinsame Erklärung von Niedersachsenmetall und IG Metall Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Gegen Fremdenhass und Gewalt, für Menschenwürde und Solidarität in Betrieben und Gesellschaft

Arbeitgeber und Gewerkschaft der niedersächsischen Metall- und Elektroindustrie setzen sich für Vielfalt, Solidarität und Menschlichkeit in Betrieben und Gesellschaft ein und wenden sich in einer gemeinsamen Erklärung gegen rassistische Hetze und rechtsextreme Gewalt.

Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Chemnitz, Köthen und anderswo wollen die IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband Niedersachsenmetall ein deutliches Zeichen gegen Menschenfeindlichkeit und Intoleranz setzen: "Hass und Gewalt gegen Menschen anderer Nationalitäten, Gesinnungen oder anderen Glaubens verurteilen wir aufs Schärfste. Es ist die Pflicht jedes Demokraten, gegen diese willkürliche Feindseligkeit klare Kante zu zeigen – in den Betrieben und in der Gesellschaft." Dies erklärten die Spitzenvertreter Dr. Volker Schmidt, Hauptgeschäftsführer von Niedersachsenmetall, und Thorsten Gröger, Bezirksleiter der IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

Menschenverachtende Hetze, aggressive Aufmärsche, bei denen Teilnehmer ungehindert und ungestraft die rechte Hand zum "Hitlergruß" heben, sowie die Instrumentalisierung von Gewaltopfern für politische Zwecke widersprechen fundamental den Grundwerten demokratischen Zusammenlebens. Für die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter ist deswegen klar: "Fremdenhass und Gewalt bedrohen nicht nur die Grundwerte der Demokratie. Sie sind auch eine Gefahr für die Demokratie selbst. Dafür ist kein Platz - weder in unseren Betrieben, noch in der Gesellschaft. Wirtschaft und Gewerkschaften in Niedersachsen stehen für Integration, Menschenwürde und ein faires und friedliches Miteinander."

Die Metall- und Elektroindustrie zeige täglich eindrucksvoll, wie gelebte Integration aussehe, "wenn in unseren Firmen Menschen aus allen Teilen der Welt erfolgreich Hand in Hand zusammenarbeiten. Wir gefährden auch den ausgezeichneten, internationalen Ruf Deutschlands in der Welt und damit Investitionen am Standort, wenn wir den dumpfen Parolen von rechts auch nur einen Zentimeter Raum lassen."

Die beiden Spitzenvertreter fordern Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Bürgerinnen, Bürger und die Politik auf, für demokratische Grundwerte zu kämpfen und hetzerischen Umtrieben von rechten Menschenfeinden aller Couleur Einhalt zu gebieten: "Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt und die Werte einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft für alle erlebbar werden. Gute, tariflich geregelte Arbeit ist dafür unabdingbare Voraussetzung, die Tarifverträge der Metall- und Elektroindustrie Niedersachsens leisten dazu einen wichtigen Beitrag."